

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Botenlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für den Kantor und Expedition: 2721 und 4590. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4596

**Insertionspreis:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Neuer Konflikt in Oberschlesien. Einstellung der Säuberungsaktion.

Oppeln, 14. Juni. Die Interalliierte Kommission hat die Säuberungsaktion in Oberschlesien eingestellt. Als Grund hierfür gab sie den politischen Parteien an, daß der Selbstschutz sich weigert, vor Niederschlagung des Aufstandes die durch ihn besetzten, von ihm beschützten Gegenden zu räumen.

Oppeln, 15. Juni. Zu dem Abbruch der interalliierten Säuberungsaktion hat der Streit um die Freigabe des Annaberges durch den deutschen Selbstschutz die Veranlassung gegeben. Der Zwölfer-Ausschuß der deutschen Parteien in Oberschlesien, der sich zu General De Rond begeben hatte, um ihm die Bedingungen für die Auflösung des deutschen Selbstschutzes zu überreichen, wurde von De Rond zur Räumung des Annaberges aufgefordert. Nach genauester Prüfung kam der Zwölfer-Ausschuß zu dem Beschluß, daß für die Säuberungsaktion die Notwendigkeit zur Räumung des Annaberges nicht bestehe und daß die Forderung ein sicheres Einigenkommen gegenüber den Insurgenten bedeute. Aus diesem Grunde glaubte der Zwölfer-Ausschuß, wie der Führer des deutschen Selbstschutzes, die Räumung ablehnen zu müssen. Aus der Tatsache, daß die Polen überall den Rückzug eingekeilt haben, läßt sich mit Bestimmtheit schließen, daß General De Rond mit der Forderung der Räumung des Annaberges eine Bedingung der Insurgenten erfüllen wollte.

Aus dieser Mitteilung ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß wieder die nationalistischen Leiter in der deutschen Abwehrorganisation die Einstellung der Säuberungsaktion, und damit die Verzögerung der Wiederherstellung des ordnungsmäßigen Zustandes verschuldet haben. Aus der Antwort der deutschen Stellen geht hervor, daß die Frage der Räumung des Annaberges an sich bedeutungslos ist. Sie betrachten aber die Räumung des Berges als ein Entgegenkommen an die Polen und deshalb lehnen sie sie ab. General Höfer und der Aktionsauschuß treiben also eine sinnlose Prestigepolitik und gefährden damit aufs neue die angebahnte zufriedenstellende Lösung der oberschlesischen Krise. Der Vorgang beweist erneut, wie notwendig es ist, daß den deutschen Nationalisten in Oberschlesien die Möglichkeit genommen wird, dort auf eigene Faust eine so verhängnisvolle Politik zu treiben, für die letzten Endes dann das Reich die Kosten zu tragen hat.

### Die Haltung der Polen.

Berlin, 14. Juni. Zu größern Zusammenstößen ist es im Laufe des heutigen Tages in Oberschlesien nicht gekommen; doch haben die Insurgenten ihre Angriffe auf Jembowitz (Kr. Rosenbergl) erneut aufgenommen. In der Gegend von Rosenbergl haben sich nach Abzug der Engländer in südlicher Richtung polnische Banden gebildet, die erneut gegen die Abkommenspolizei und die deutsche Bevölkerung mit Waffengewalt vorgehen. Es bestätigt sich, daß im Kreise Ratibor die Polen gegenüber der Stadt Ratibor Markowiz, Lucasini und Hohenbirken geräumt haben.

### Der Plan der Alliierten.

London, 14. Juni. „Daily Chronicle“ meldet aus Groß-Strechly: Die Verlegung des britischen Hauptquartiers von Oppeln nach Groß-Strechly und die Zusammenziehung der Truppen bildeten den ersten Teil des neuen Programms. Den Nebenplan ist mitgeteilt worden, daß sie sich bis heute, Dienstag, auf eine bestimmte Linie zurückziehen müssen, bis zu der die alliierten Truppen dann später vorrücken. Durch solche Bewegungen soll man die Provinz bis zum 22. Juni von den Insurgenten zu säubern. Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ erklärt jedoch, wenn die Polen das Industriegebiet, über das sie augenblicklich herrschen, kampflös oder ohne Rache sowie Zerstörung aufgeben könnten, müßten sie eine Zurückhaltung und eine Disziplin an den Tag legen, die sie bisher wenig bewiesen haben.

Durch den an anderer Stelle besprochenen Widerstand der deutschen Selbstschutzorganisationen wird die Durchführung dieses Planes natürlich wieder verzögert.

### Die neutrale Zone.

Paris, 15. Juni. (II.) Die Kette der alliierten Truppen, welche die beiden von Deutschen und Polen besetzten Teile trennen soll, ist jetzt bis auf einen kleinen Strich nördlich Rosenbergl fertiggestellt.

### Die Delegation der Gewerkschaftsinternationale in Oppeln.

Berlin, 15. Juni. Die Delegation des internationalen Gewerkschaftsbundes, die aus Jouhaux und Fimmen besteht, ist in Begleitung des Mitgliedes der französischen Kommunisten Gewerkschaftsbundes Kosi und des Sekretärs der dem Internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen polnischen Landesgruppe Zulaowski in Oppeln eingetroffen, um von dort aus die Weiterreise ins oberschlesische Industriegebiet anzutreten.

### Oppelner Ärzte gegen die interalliierte Kommission

Berlin, 15. Juni. Nach einer Bekanntmachung des Oppelner Ärztevereins ist der Arzt Dr. Fremd in der Nacht zum 11. Juni von einem Mitgliede der französischen Kommission ohne ausreichenden Grund verhaftet, beschimpft und auf einer französischen Wache in Gegenwart eines französischen Offiziers schwer mißhandelt worden. Infolge dieses Vorfalls erklären die Oppelner Ärzte, daß sie den Mitglieder der Entente-Kommission jede ärztliche Hilfe verweigern, bis eine ausreichende Genugtuung vorliegt.

### Nachklänge zum Münchner Generallstreik.

München, 15. Juni. Den Blättern zufolge kam es am Dienstagfrüh in den Bayerischen Motorwerken zwischen Arbeitwilligen und sozialistischen Arbeitern zu Zusammenstößen, wobei ein junger Arbeiter unter dem Zwange des Terrors seine Kündigung einreichen mußte. Auf die Drohung der Direktion mit der Gesamtaussperrung zog der Betriebsrat seine Forderung auf Entlassung der Arbeitwilligen zurück, forderte jedoch die Belegschaft auf, diesen Arbeitern das weitere Arbeiten unmöglich zu machen. Der Christliche Metallarbeiterverband will gegen das Verhalten des Betriebsrats weitere Maßnahmen treffen.

München, 15. Juni. (II.) Im Stadtrat haben die bürgerlichen Parteien am Dienstag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, durch den dem Ersten Bürgermeister Schmidt wegen der Stilllegung der Straßenbahn am Montagnachmittag, welche die Stadt um 40 000 M. schädigte, das schärfste Mißtrauen ausgesprochen werden soll.

### Die Ermordung Gareis' im bayerischen Landtag.

München, 14. Juni. Im Landtage haben die Abgeordneten (USP.) und Genossen folgende Interpellation eingebracht: Durch terroristische Gruppen werden seit längerer Zeit Attentate auf Abgeordnete des Bayerischen Landtags verübt, die im Falle des Abgeordneten Gareis zum Morde geführt haben. Was hat die Staatsregierung getan, um das Treiben dieser Gruppen zu unterbinden, oder was gedenkt sie in Zukunft zu tun? Zugleich hat die Fraktion der USP. an das Präsidium des Landtages einen Antrag gestellt, so bald wie möglich das Plenum einzuberufen und die Interpellation auf die Tagesordnung der ersten Sitzung zu setzen. Heute nachmittags hat sich die sozialdemokratische Fraktion versammelt, um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Wie die Blätter melden, besteht die Absicht, die Ermordung des Abgeordneten Gareis auch zum Gegenstand einer parlamentarischen Aktion zu machen.

### Engländer dementiert.

München, 15. Juni. (II.) Oberst v. Engländer erklärt in der Presse, er habe niemals die Forderung aufgestellt, den Ministerpräsidenten v. Kahr zu stürzen, um ihn durch eine Diktatur Escherich oder Engländer zu ersetzen.

Dieses Dementi konnte man voraussehen. Im übrigen haben die Orgel-Diktatoren nach dem schneidigen Auftreten der Kahr-Regierung gegen die Arbeitererschaft auch gar keinen Anlaß, mit Vorbehalt unzufrieden zu sein.

### Protestkundgebung der Frankfurter Arbeitererschaft.

Frankfurt, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Frankfurter Arbeitererschaft protestierte gestern auf dem Festhallengelände in einer von der USPD. einberufenen machtvollen Demonstrationsoberversammlung gegen die Mordanschuldung in München. Die rechtssozialistische Frankfurter Volkstimme hatte im Feinddruck von dem Besuch der Versammlung abgeraten, die aber trotzdem von Tausenden von Arbeitern besucht wurde. Auch die Delegierten des zur Zeit in Frankfurt versammelten Verbandstages der Mafar erschienen vollständig, nachdem die Konferenz ihre Verhandlungen wegen der Kundgebung im Zeichen der Solidarität unterbrochen hatte. Als Hauptredner berichtete der bayrische Landtagsabgeordnete Lölein von dem Kampf des Münchner Proletariats gegen das Kahrregime, das nichts als eine Schöpfung des Leutnants und der zehn Mann aus dem Kapp-Putsch sei. Der Redner forderte unter kläglichem Beifall vor allem Beseitigung der Sondergerichte und des Ausnahmezustandes, Befreiung der Kahrregierung und Anklageerhebung. Der kommunistische Bezirkssekretär Noack schloß sich diesen Forderungen an, welche sich die große Versammlung, die wiederholt ihre Empörung über den durch die Ermordung von Gareis dokumentierten Übermut der Reaktion Ausdruck gab, zugleich mit dem Verlangen nach Amnestie zu eigen machte.

### Wiederherstellung des Banksystems in Sowjet-Rußland.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Riga unter dem 13. Juni gemeldet: Die Ekonomischeskaja Schln berichtet: „In der letzten Sitzung des Kollegiums des Finanzkommissariats wurde unter Hinweis auf die neuen Wirtschaftsreformen und die Entwicklung des Handels Sowjetrußlands die Notwendigkeit betont, Privatpersonen das freie Verfügungsrecht über unbeschränkte Geldmittel zuzusprechen und sie vor unerwarteten Konfiskationen zu schützen. Auch verlange die erforderliche Bequemlichkeit des Geldumlaufes, daß die Sowjetregierung Privatpersonen das Recht zur Aufbewahrung der Geldmittel in den Kassen des Finanzkommissariats gewährt. Deshalb müsse in Rußland das Banksystem wieder hergestellt werden.“

Das Kollegium des Finanzkommissariats billigte einstimmig diese Vorschläge und beschloß, bei der Sowjetregierung darauf zu dringen, schnellstens das Bankwesen gemäß diesen Richtlinien zu legalisieren.“

Kapitalismus wohin wir blicken in Sowjetrußland.

### Der Zusammenbruch der Getreide-Zwangswirtschaft.

II.

Die Agrarier, die schon jetzt die vollkommen freie Wirtschaft erzwingen wollen, laufen gegen das Umlageverfahren Sturm. Der Vorstand des Reichslandbundes, des umgestauten berichtigten Bundes der Landwirte, hat in einer Entschließung sogar behauptet, die neue Regelung bedeute „keine Uebergangsmahnahme zur freien Wirtschaft, sondern eine sehr erhebliche Verschärfung des Zwangs“. Die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“ kündigt bereits die „passive Resistenz der verbitterten Landwirte“ an. In dem Zentralorgan der Agrarier, in der „Deutschen Tageszeitung“, wird erklärt, es sei eine Utopie, anzunehmen, daß das Verfahren gegen den Willen der Landwirtschaft durchgeführt werden könne. Da die Agrarier einsehen, daß sie mit ihrer Forderung nach der völligen Freigabe zur Zeit noch nicht durchbringen können, wollen sie die durch Umlage aufzubringende Getreidemenge nach Möglichkeit herabdrücken, um einen recht großen Teil der Ernte für den freien Verkauf zu den höheren Preisen freizubekommen. Höchstens 1,5 Millionen Tonnen dürfen nach dem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ die im Umlageverfahren aufzubringenden Getreidemengen betragen. Im Reichstagsauschuß suchten die Vertreter der Deutschnationalen und der Stinnespartei die Herabsetzung der Umlage durchzuführen. Die Reichsgetreidestelle hatte in ihrem ersten Entwurf eine Umlage von 4,5 Millionen Tonnen gefordert. Die Regierung war in ihrer Vorlage bereits auf 3,5 Millionen herabgegangen und im Reichsrat war die Umlagemenge auf drei Millionen Tonnen herabgedrückt worden. Im Reichstagsauschuß wollten die bürgerlichen Parteien, weitere 1/2 Million Tonnen freigeben, doch gelang es den sozialistischen Abgeordneten mit Hilfe einiger Zentrumsvertreter, diesen weiteren Vorstoß abzuwehren, die Umlage wurde auf 3 Millionen Tonnen festgelegt.

Im Plenum des Reichstages wird nun der Kampf auf neue entbrennen. Die Agrarier werden alle Kräfte anspannen, um ihre Forderungen durchzusetzen, denn es stehen für sie Milliarden Gewinne auf dem Spiele. Schon die jetzt vorgesehene Regelung, die den landwirtschaftlichen Produzenten etwa die Hälfte des Getreides zur freien Verfügung überläßt, wird ihnen einen Extra-Gewinn von rund 5 Milliarden bringen. Die völlige Freigabe der Getreidewirtschaft würde diese Milliardengewinne verdoppeln. Am schärfsten werden die Agrarier und ihre Verbündeten dagegen ankämpfen, daß nach einem Beschluß der Reichstags-Kommission diese Milliardengewinne nicht in ihre unergründlichen Taschen fließen sollen. Die Kommission hat nämlich den folgenden von den Unabhängigen und Rechtssozialisten eingebrachten bedeutungsvollen Antrag angenommen:

„Die Lockerung der Zwangswirtschaft mit ihrer Annäherung an die Weltmarktpreise stellt eine außerordentliche Belastung aller Beamten, Arbeiter und Angestellten dar, deren Einkommen nicht aus Goldwerten herrührt. Der Reichstag fordert deshalb die Regierung auf, gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes zu treffen, sowie die Rentenempfänger vor weiterer Verelendung zu schützen. Außerdem sind die durch die Annäherung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise zu erzielenden Mehrerträge für die Allgemeinheit sicherzustellen.“

Dieser Beschluß, der in der Kommission mit Hilfe von Arbeiterabgeordneten des Zentrums mit nur zwei Stimmen Mehrheit angenommen wurde, bedeutet, daß die riesigen Mehrerträge, die die landwirtschaftlichen Produzenten durch die Freigabe eines Teils des Getreides für den freien Handel erzielen, nicht in deren Taschen fließen, sondern weggeleitet und für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß sich gegen diesen Angriff auf den geheiligten Profit nicht nur die Agrarier, sondern auch die Kapitalisten und überhaupt alle Verteidiger der kapitalistischen Profitwirtschaft mit Zähnen und Nägeln wehren werden. Die Eier nach den gesteigerten Profiten ist ja die treibende Kraft für alle Verfechter der freien Wirtschaft. Die nimmersatten Agrarier, die durch die während des Krieges und nach dem Kriege eingeholten Riesenerträge nur noch begehrtlicher geworden sind, denken nicht daran, sich diesen fetten Bissen entziehen zu lassen. Im Gegenteil! Ihr Streben geht dahin, diese hohen Gewinne durch noch schlimmere Aussperrung der Volksmassen noch zu steigern. Sie befürchten schon, daß nach der Freigabe der Getreidewirtschaft die ausländische Konkurrenz die zu erwartende enorme Steigerung der Getreidepreise etwas hemmen könnte. Deshalb fangen sie jetzt bereits an, das aus Vorkriegszeit her so wohlbekannte Geschrei nach dem „Schutz der deutschen Landwirtschaft“ zu erheben. Damit der „Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft“ nicht gefährdet werde, sollen nach der Forderung des bekannten Oberagrars von Wangenheim der berühmte Zollschutz und die Sperrung der Grenzen gegen Getreidezufuhr aus dem Auslande wieder in Kraft treten. Die schon jetzt unheimlich steigenden Getreidepreise und die daraus